

Kooperative Support-Strukturen - Qualität, Information und Beratung im Netzwerk Weiterbildung Hamburg e.V.

Es steht fest, dass in Hamburg mit „Weiterbildung Hamburg“ etwas geschaffen worden ist, das bundesweit Beachtung gefunden hat. Es gibt kaum eine Veröffentlichung über Qualitätssicherung, wo nicht mindestens ein Absatz dem Weiterbildung Hamburg e.V. gewidmet ist. Insofern ist es ein Erfolgsmodell.

Dieses zunächst vorab festgestellt, möchte ich Ihnen einen Spiegel vorhalten, was Sie denn eigentlich so tun. So etwas hilft mir immer, wenn ich mir in der Routine des Alltags überlege, „Was mache ich denn eigentlich?“, „Willst du das machen was du da machst?“ oder „Ist es das Richtige?“ Dieser Spiegel - Sie können dann hinterher vielleicht sagen, es war ein Zerrspiegel - ist meine persönliche Sicht, die ich Ihnen widerspiegeln, und das habe ich mir in sieben Punkten zusammengefasst.

Diese sieben Punkte gehen zunächst aus von der Situation, von fortbestehenden Defiziten - zweiter Punkt -, von Handlungsansätzen - dritter Punkt -, von einem neuen Politik-Modell - vierter Punkt -, fünftens von Aktivitäten, die sich jetzt auf den Verein Weiterbildung Hamburg e.V. konzentrieren, die Evaluationen, die es dazu gab, und am Schluss weiterbildungspolitische Strategieansätze

Zu Punkt eins: Was wir wahrnehmen, wenn wir zurück blicken auf die letzten 25 Jahre ist eine Verbesserung der Situation. Die Erfolgsmeldung lautet: Im Jahr 2012 liegt mit 49% die bisher höchste Teilnahmequote an Weiterbildung vor. Wenn man das vergleicht mit 1979, als das erste Berichtssystem Weiterbildung erschienen ist, da hatten wir 29%, gibt es fast eine Verdopplung der Weiterbildungsquote. Während früher Weiterbildung begründungspflichtig war - „Warum machst du denn Weiterbildung?“ - ist es heute notwendig zu erklären, warum man keine Weiterbildung macht. Dieses ist einem Aufschwung zu verdanken, der sich besonders in den letzten Jahren eingestellt hat, und der für jemanden, der längere Zeit in diesem Bereich arbeitet, nicht überraschend ist: Wir befinden uns nämlich gegenwärtig in einem Konjunkturoptimum und die Weiterbildungsfinanzierung ist bisher immer prozyklisch erfolgt. Das heißt, bei der letzten Erhebung, da waren wir bei 43 %, gab es eine Situation, in der es den Unternehmen relativ schlecht ging. Heute geht es den Unternehmen wieder besser und sie machen mehr Weiterbildung. Dieses ist eine Sache, die zunächst festzustellen ist. Man kann sich dann darüber streiten: „Sind die 49 %, also fast die Hälfte aller Beschäftigten zwischen 19 und 65 Jahren, eine Erfolgsmeldung oder eine Problemsituation?“ Denn immerhin 50% machen keine Weiterbildung. Gemessen an den Zielen des Dresdener Bildungsgipfels, da waren 50% angestrebt, kann man sagen: wir haben es fast erreicht. Nichtsdestoweniger bleibt die Frage weiter: wen erreichen wir nicht?

Und damit komme ich schon zum zweiten Punkt, nämlich zu den fortbestehenden Defiziten. Es gibt einen fortdauernden Skandal im Weiterbildungsbereich, das ist seine hohe Selektivität. Man hat früher gedacht, Weiterbildung diene zur Kompensation vorher gelaufener Auslese. Aber: Nein, das ist nicht so, sie verstärkt diese. Wenn man das auf die Zahlen des Adult Education Service zurückbezieht, gilt das für alle bekannten Sozialindikatoren. Zunächst mal bezogen auf den Erwerbsstatus: Akademiker nehmen mit 51% teil, ohne Berufsabschluss 18%. Die Stellung im Betrieb: 77% Führungskräfte, 62% der Facharbeiter, 37% der Un- und Angelernten. Wir haben also - das hat sich als Schlagwort im Weiterbildungsbereich eingebürgert - so etwas wie einen Matthäus-Effekt: Wer

hat, dem wird gegeben. Wer schon vorher gute Möglichkeiten der Bildungsteilnahme hatte, der wird auch in Weiterbildung aufgenommen, die anderen bleiben draußen vor.

Daraus ergibt sich dann - drittens - ein doch erheblicher Handlungsbedarf und zwar auf verschiedenen Ebenen. Die Diskussion um ein Weiterbildungsgesetz hat sich ja nicht nur bezogen auf die Frage der Qualitätssicherung, sondern sie ging wesentlich weiter. Sie ging um Information, sie ging um Qualität, um Personal, um Zertifikate und sie ging dann vor allem auch - und da sehe ich eine große Problematik - um Ressourcen, nämlich die Frage der Zeit und des Geldes für Weiterbildung. Einzelbereiche wurden zweifellos aufgegriffen, wenn man vor allem an Datenbanken denkt. Es gibt ja mittlerweile die Datenbank der Datenbanken, damit man noch einen Überblick behält, über das, was alles erhoben wird - und jedes Projekt glaubt, so etwas neu machen zu müssen. 1986, als ich meinen ersten Antrag zum Beratungsproblem geschrieben habe, ging es um einen Modellversuch Qualifizierungsberatung. Den gleichen Text könnte ich heute wieder abliefern und ich würde wetten, er würde gefördert. Es gibt so etwas wie eine Gedächtnislosigkeit der Bürokratie. Ich weiß, in Hamburg ist das alles ganz anders, aber auf Bundesebene ist es so, dass man sich im Grunde seit 20 Jahren kaum noch etwas Neues einfallen lassen hat. Was gegenwärtig die Ressourcenfrage, als stärksten Handlungsbedarf im Weiterbildungsbereich, betrifft, kann man das nach wie vor Etikettieren mit den Wörtern „Projektemacherei“ und „Modellversucherei“. kennzeichnen Es kann aber doch im Grunde für eine kontinuierliche Entwicklung der Weiterbildung nicht sinnvoll sein, wenn man ein Projekt bekommen hat, dass man sich sofort hinsetzen und den nächsten Projektantrag schreiben muss. Ein Teil der Arbeit, die in den Projekten geliefert wird, ist immer nur die Frage: „Wie geht's denn weiter?“ Und man weiß genau, nach zwei Jahren ist es vorbei. Im Grunde kann es für eine stabile Trägerstruktur nichts katastrophaleres geben als Misserfolge zu erleben; wenn man nämlich eine Sache nicht weiterführen konnte, sieht es von außen so aus: Sie haben es in den Sand gesetzt - und was in den Sand gesetzt wird, kriegt man nur sehr schwer wieder heraus. Das heißt, die Kontinuität der Ressourcenverfügbarkeit, das ist der größte Handlungsbedarf, den ich im Moment sehe.

Vierter Punkt: Ich will das nicht - ich komme ja schließlich von der Universität - ohne jegliche Theorie berichten. Was wir finden ist ein Ersatz der ordnungspolitischen Debatte, die wir zum Teil geführt, aber die mittlerweile zu den Akten gelegt haben – die Kontroverse, Staat auf der einen, Markt auf der anderen Seite interessiert keinen mehr. Die Politik-Modelle gehen von einer Vielfalt von Akteuren aus, wobei der Staat nur einer von Vielen ist und nicht unbedingt der Mächtigste. Gerade in der Debatte der Postdemokratie, wie sie der Engländer Colin Crouch entwickelt hat, sind die eigentlichen Akteure die international operierenden Konzerne und der Staat ist einer unter anderen. Insofern gibt es dann eine Transformation der Politik-Modelle, die ich mit zwei großen Namen belegen will: Der eine ist Michel Foucault. Foucault hatte die Idee, die Herrschaft über einen Bereich in den Bereich selbst hineinzulegen. Das ist der Begriff der Gouvernamentalität. Die Mentalität der Akteure ist so geformt, dass sie die Herrschaft vorweg nimmt - so die kritische Interpretation. Dazu der zweite große Name: Jürgen Habermas. Habermas hat 2006 einen Aufsatz veröffentlicht über drei Modelle der Demokratie. Er unterscheidet - das ist allseits bekannt – liberale, also im Grunde den Staat begleitende Demokratie, republikanische, also stärker auf Eingriff bezogene Demokratie; und er setzt dem ein drittes Modell gegenüber: die deliberative Demokratie. Die deliberative Demokratie ist eine Frage des Aushandelns. Deliberal heißt im Grunde „Ausverhandlungsfähigkeit“, man wägt ab. Und dazu kommt dann ein drittes, von Habermas so bezeichnetes Steuerungsmedium: Während wir

in der herkömmlichen Vorstellung des Marktes das Geld als Steuerungsmedium hatten, ist es bei der Vorstellung des Staates die Macht. Für die dritte Form, die deliberative Demokratie, die abwägende Demokratie, setzt er etwas, was für unsere Diskussion durchaus spannend sein kann, nämlich Vertrauen; dass man in Beziehungen zwischen Akteuren so etwas aufbaut wie gegenseitiges Kennen, miteinander Auskommen, sich auch gegenseitig Aushalten und in dem Prozess dann zu einem Konsens findet, der alle voranbringt. Wobei er nicht abstellt auf eine Abschaffung des Staates. Er sagt: Das politische System ist nach wie vor wichtig als Rahmenbedingungen setzend für die Akteure, die dann die deliberative Demokratie ausmachen.

Fünfter Punkt: Die Aktivitäten des Vereins „Weiterbildung Hamburg“ könnten in diese Politikmodelle eingeordnet werden. Bundesweit wirksam - und auch in der Wissenschaft aufgegriffen - ist der Begriff der Netze, die in verschiedenen Formen erprobt worden sind. Die größte Erprobungsphase das Programm „Lernende Regionen“; ist von 2001 bis 2009 gelaufen. Mittlereile haben wir „Lernen vor Ort“, im Grunde auch eine Aktivität, die in das Netzwerk der Vertrauensbildungs- und Kennenlernform der Demokratie dazugehört. Was nach 2014 passiert, wird man sehen. Dann wird wahrscheinlich wieder ein neues Projekt aufgelegt werden. Im Grunde kann man diese ganzen Projekte „Lernen vor Ort“ - Hamburg ist ja daran beteiligt - einordnen in eine Politik des Bundes, die versucht, die Länder zu überspringen mit Hilfe der Stiftungen, das heißt, den Landeseinfluss wegzunehmen und trotzdem die Regionen und die Kommunen zu erreichen. Das darf man offiziell nicht mehr nach dem Kooperationsverbot. Diese Aktivitäten, also „Lernen vor Ort“, sind meiner Meinung nach einzuordnen in die alte Kooperationsdebatte.

Es hat sich gezeigt – sechster Punkt – in den verschiedenen Evaluationen, den Bestandsaufnahmen, die in den verschiedenen Bereichen gemacht worden sind, dass hier ein sinnvoller Ansatz verfolgt wird. 1995 als ich nach Hamburg kam, wurden wir schon bei der Evaluation des WH aktiv. Wir mussten damals einen neuen Denkansatz liefern: Wie überprüft man die Qualität der Qualitätssicherer? Das hatte zuvor noch keiner gemacht. Mittlerweile ist das verbreitet worden - wir haben selber noch die Verbände in Schleswig Holstein evaluiert - auf den Bund durch die Bestandsaufnahme, die wir gemacht haben, bzw. die Evaluation unter Federführung des DIE. Das Resultat dieser Evaluationen war: Die Netzwerke erweisen sich in den meisten Fällen, wenn die Ressourcen da sind, als stabil und effektiv. Wenn die Ressourcen nicht da sind, wurde immer wieder neu nachgefragt: Legitimiert euch, warum gibt es euch überhaupt?

Außerdem: Die Support-Strukturen, also der Dreiklang von Beratung, Information und Qualität, erweisen sich als tragfähig. Es gibt so etwas wie eine eingespielte Koordination. Die Informationen sind weitgehend gesichert und das Qualitätsmanagement ist ein anerkanntes System. Mittlerweile ist nicht mehr die Frage für die Träger wichtig, ob sie ein Qualitätsmanagementsystem einführen, sondern welches. Und dabei ist auch immer wichtig, welches die mächtigste Instanz hinter den Qualitätsmanagementsystemen ist. Die letzte Evaluation der Verbände in Schleswig Holstein wurde gemacht durch das DIE und kam zu ähnlichen Ergebnissen.

Mein letzter Punkt zu weiterbildungspolitischen Strategieansätzen. Da will ich, nachdem wir am Anfang vieles gelobt haben, doch etwas Wasser in den Wein schütten. Es gibt nämlich, wenn wir die Evaluation sehen, auch so etwas - nach dem Staats- und dem Marktversagen - wie Netzwerkversagen. Die Netzwerke lösen auch nicht alles, können sie gar nicht. Sondern es gibt dann solche Erscheinungen, die wir aus der alten Kooperationsdebatte kennen, so etwas wie eine

proklamatorische Kooperation. Man sagt, man kooperiert intensiv, dauernd und immer und überall, aber faktisch findet nichts statt. Es gibt dann auch so etwas wie Zeitverluste, die Koordinationsprobleme brauchen lange Prozesse. Es gibt dann auch so etwas wie Dominanz einzelner Akteure, also so etwas wie imperialistische Kooperation, die dann durchschlägt und die Entscheidung deutlich beeinflusst in Richtung auf Zerstören von Vertrauen. Dieses ist aber nicht den Netzwerken geschuldet, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass wir seit Jahrzehnten vom Bund her so etwas erleben wie Weiterbildungspolitik als Innovationsstillstand. Es gibt keine Initiativen auf Bundesebene, die dieses Problem lösen könnten, sondern es gibt die Fortsetzungen der Projektemacherei. Man hat als legitimatisches Muster, dass man etwas für die Weiterbildung macht. Und die Frage, dass man lange Projektlinien finanzieren müsste, dass man auf Kontinuität setzen müsste, wird eher weg gedrängt.

Deshalb gibt es so was wie Ersatzstrategien einzelner Bundesländer: Ich will hervorheben die Bildungsprämie in Nordrhein-Westfalen, die entsprechenden Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Wo im Grunde zusätzlich zu dem, was die Bundesagentur machen kann, darf oder will, das Land dafür sorgt, dass die jeweils in ihrem Bereich lebenden Bürger eine erhöhte Chance auf Weiterbildung haben. So etwas fehlt in Hamburg.

Auch um das am Schluss zu sagen: Jürgen Habermas geht aus von einer Einbettung – im Englischen „embeddedness“ – Einbindung der politischen Systeme in Lebenswelten. Wenn die Lebenswelten das sind, was vor Ort passiert, wo die Lernenden in Kurse gehen, brauchen sie Rahmenbedingungen, die gesichert sein müssen, die vor allen auch ressourciell gestützt sein müssen. Nur in einem solchen Rahmen kann dann der Verein „Weiterbildung Hamburg“ sein Potenzial entfalten.

Vielen Dank!